

Premium Ghostwriter



**Premium
Ghostwriter**

**Habermas' Theorie des kommunikativen
Handelns zur Lösung des
Spannungsverhältnisses zwischen
Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität**

Exposé Beispiel

Inhaltsverzeichnis

1 Hintergrund	1
2 Ziel und Forschungsfrage	2
3 Gliederungsvorschlag	4
Literaturverzeichnis.....	5

1 Hintergrund

Die liberale Demokratie ist derzeit das vorherrschende politische System in den meisten westlichen (europäischen) Staaten (vgl. Kalina & Münch, 2020, S. 412). Liberale Demokratie kann dabei als die Förderung eines demokratischen Systems der repräsentativen Regierung bezeichnet werden, in dem die individuellen Rechte und bürgerlichen Freiheiten formal anerkannt und geschützt sind und die Ausübung der politischen Macht durch die Rechtsstaatlichkeit begrenzt wird (vgl. ebd., S. 418).

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dienen unterschiedlichen Zwecken. Die Rechtsstaatlichkeit verpflichtet die Regierung, bei ihren öffentlichen Entscheidungen und Handlungen materiell- und verfahrensrechtliche Vorschriften einzuhalten. Die Demokratie hingegen legitimiert und befähigt das Parlament, Entscheidungen zu treffen. Im niederländischen System sind Rechtsstaatlichkeit und Demokratie untrennbar miteinander verbunden (vgl. Fährmann et al., 2022, S. 93ff.).

Die Annahme, dass Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität in einer liberalen Demokratie nicht ausreichend kombiniert werden können, veranlasst Philosophen zu der Behauptung, dass zwischen den beiden Konzepten ein inhärenter Widerspruch besteht (vgl. Matern, 2021, S. 9). Worin besteht dieser Widerspruch jedoch genau?

Einerseits setzen sich liberale Demokratien für den Schutz der individuellen Rechte ein, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und das Recht, sein Eigentum zu nutzen. Dieser Kampf stellt eine Grenze dar, die die Entscheidungsfähigkeit der Demokratien einschränken kann. Dies ist problematisch, weil liberale Demokratien andererseits auch verpflichtet sind, ein Verfahren der Volkssouveränität und der Demokratie aufrechtzuerhalten. Dieses Verfahren garantiert die Legitimität des Rechts, weil es sicherstellt, dass das Recht als Ergebnis der kollektiven Entscheidung aller Bürger der Gesellschaft entsteht (vgl. Möller, 2019, S. 433f.). Das Problem besteht darin, dass im Konzept des liberalen Rechts und der Volksdemokratie die individuelle Rechte die Entscheidungsmöglichkeiten der kollektiven Bürgerschaft einschränken können. Andererseits kann die Demokratie die Ausübung der individuellen Rechte durch die Bürger einschränken. Diese beiden Aspekte der liberalen Demokratie finden sich auch in zwei politischen Traditionen wieder: Der Liberalismus betont die Bedeutung der individuellen Rechte, während der Republikanismus das Recht der Bürger auf demokratische Teilhabe hervorhebt (vgl. Zucca-Soest, 2016, S. 128).

Jürgen Habermas, einer der einflussreichsten Philosophen unserer Zeit, hat in seinem 1992 erschienenen Buch (vgl. Habermas, 2015, S. 1ff.) eine Antwort auf das Problem der inneren Spannungen gegeben. Er argumentiert, dass er durch die Einführung eines ordnungsgemäßen Verfahrens die Beziehung zwischen den Konzepten der Rechtsstaatlichkeit und der Volkssouveränität so verstehen kann, dass sie primär werden und sich gegenseitig voraussetzen. Das bedeutet, dass die beiden Konzepte nicht als Grenzen des jeweils anderen verstanden werden sollten, sondern als gleichermaßen notwendig, um sich gegenseitig zu gewährleisten. Diese wechselseitige Beziehung bedeutet, dass das eine Konzept keinen Vorrang vor dem anderen hat: beide sind gleich wichtig. Wenn diese Lösung plausibel ist, bedeutet dies, dass wir tatsächlich davon ausgehen können, wie es die Regierung und der Staatsrat tun, dass es einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gibt.

2 Ziel und Forschungsfrage

In dieser Arbeit soll Habermas' Perspektive auf den Widerspruch zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität erörtert und kritisch geprüft werden, ob seine Theorie, die diesen Widerspruch überwinden soll, kohärent und überzeugend ist.

Eine Erörterung der zentralen Punkte von Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns ist notwendig, weil wir die ihr zugrunde liegenden Annahmen verstehen müssen, um seine Auflösung des Widerspruchs zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität zu verstehen. Das Habermas'sche Diskursprinzip, das Teil der Lösung dieser Spannung ist, schreibt vor, dass es nur solche Handlungsnormen gelten, denen alle, die als Teilnehmer an rationalen Diskursen betroffen sein können, zustimmen können. Unter einem „rationalen Diskurs“ versteht Habermas, dass jeden Versuch, sich über problematische Geltungsansprüche zu verständigen, wenn er in einem Kommunikationssetting stattfindet, das die freie Verarbeitung von Themen und Beiträgen, Informationen und Begründungen in einem durch illokutionäre Verpflichtungen konstituierten öffentlichen Raum ermöglicht. Der Begriff bezieht sich implizit auch auf Aushandlungsprozesse, wie sie durch diskursiv begründete Verfahren gesteuert werden (vgl. Krüger, 2022, S. 352ff.).

Das heißt, um zu verstehen, was „rationale Diskurse“ sind, ist zu wissen, was Bedeutungsansprüche sind und welche kommunikativen Bedingungen die freie Verarbeitung von Themen, Beiträgen, Informationen und Begründungen im öffentlichen Raum gewährleisten. Habermas entwickelte diese Ideen in seiner Theorie des kommunikativen

Handelns, die er 1981 in seinem Buch „Eine Theorie des kommunikativen Handelns“ veröffentlichte.

Die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit lautet: Wie lautet Habermas' Lösung für die inhärente Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität, und ist diese Lösung konsistent und überzeugend?

Diese Frage soll in drei Kapiteln beantwortet werden.

Die Einleitung stellt den Hintergrund, das Problem und Ziel der Arbeit dar. Ziel des zweiten Kapitels der Arbeit besteht darin, einen Überblick über die verschiedenen Dichotomien zu geben, die Habermas in seiner Theorie hervorhebt, wobei er sich insbesondere auf die Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität konzentriert. Das zweite Kapitel soll dann einen historischen Überblick darüber bieten, wie Rousseau und Kant die Spannung zwischen Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit wahrgenommen haben. Durch die Erörterung der Ideen dieser beiden Philosophen soll in diesem Kapitel eine allgemeine Diskussion eingeleitet und aufgezeigt werden, wo genau diese inhärente Spannung liegt.

Ziel des dritten Kapitels besteht darin, Habermas' Sichtweise auf die innere Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität im Detail zu erläutern und zu interpretieren. Da Habermas' Theorie jedoch auf seinen früheren philosophischen Ideen beruht, müssen diese zunächst erläutert werden. Dieses Kapitel soll daher mit einer kurzen Einführung in Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns beginnen. Anschließend soll Habermas' Auffassung des Widerspruchs zwischen Faktizität und Authentizität dargestellt werden. Im Folgenden soll Habermas' Idee erläutert werden, dass sich Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität in einem prozeduralen Rechtsverständnis eigentlich gegenseitig voraussetzen. Wenn das Recht die Rechte des einzelnen Bürgers schützen und die Bedürfnisse der Volkssouveränität erfüllen kann, werden die internen Spannungen gelöst. Schließlich soll erörtert werden, dass Habermas seine Theorie als einen sich selbst korrigierenden historischen Prozess verstehen will.

Das nächste Kapitel zielt darauf ab, Habermas' Ideen zu bewerten, indem einige kritische Lesarten seiner Lösung für die Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität vorgestellt werden. Die Kritik von Rummens und Rege sind zu nutzen, um zu prüfen, ob die zuvor formulierte Interpretation von Habermas' Theorie richtig ist. In diesem Kapitel soll die innere Kohärenz von Habermas' Argumenten untersucht und erörtert werden, wie seine Theorien in der Praxis validiert werden.

Die Arbeit soll mit einer Schlussfolgerung abgeschlossen werden, in der die grundlegenden Problemen bei der Legitimation des Habermas'schen Demokratieprinzips in Prozessen der Mehrheitsherrschaft analysiert werden.

3 Gliederungsvorschlag

1 Einleitung

2. Das Spannungsverhältnis zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität

2.2. Die Unterscheidung der Begriffe

2.2.1. Faktizität versus Gültigkeit

2.2.2. Rechtsstaatlichkeit versus Volkssouveränität

2.2.3. Liberalismus versus Republikanismus

2.3. Das Spannungsverhältnis zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität

2.4. Historische Diskussionen über die inhärente Spannung

3 Habermas' Lösung für die inhärente Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität

3.1 Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns

3.2 Die Art und Weise, wie Habermas die Spannung zwischen Faktizität und Gültigkeit wahrnimmt

3.3 Habermas' Lösung für die Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität

4 Kritik

5 Fazit und Ausblick

Literaturverzeichnis

Fährmann, J., Aden, H., & Bosch, A. (2022). Exekutive in der Pandemie: Machtzuwächse, Sachzwänge und Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat. In *Politik zwischen Macht und Ohnmacht: Zum politischen Umgang mit der Corona-Pandemie in Deutschland* (93-123). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Habermas, J. (2015). *Between facts and norms: Contributions to a discourse theory of law and democracy*. John Wiley & Sons.

Kalina, A., & Münch, U. (2020). Mobilisierung der Demokratie. Herausforderungen und Ansatzpunkte für die politische Bildung. In *Demokratie im 21. Jahrhundert* (407-442). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Krüger, H. P. (2022). Grenzen der „Theorie des kommunikativen Handelns“ von Jürgen Habermas für die Begründung einer Theorie der Wissenschaftsentwicklung. In *Band 1 Kritische Studien zu bürgerlichen Wissenschaftskonzeptionen* (339-390). De Gruyter.

Matern, S. (2021). Hans Kelsens kritischer Liberalismus. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. *ZPTh–Zeitschrift für Politische Theorie*, 11(2), 9-10.

Möller, K. (2019). Populismus und Verfassung. Der autoritäre Populismus als Herausforderung für die liberale Demokratie. *Zeitschrift für Politik*, 66(4), 430-444.

Zucca-Soest, S. (2016). Individuum und Gemeinschaft im Republikanismus. In *Die Aktualität des Republikanismus* (125-156). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.